

Absurdes Theater um Frauenrechte

Vom 1.-14. März überprüfte die UN-Frauenrechtskommission 15 Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking die Umsetzung von Frauenrechten. Doch ihre Debatten steckten fest, neuer Schwung für Gleichstellung zeichnete sich nicht ab und die angereisten 8000 Vertreterinnen von Frauenorganisationen trafen auf einen Mangel an Zugängen, Partizipation und Transparenz. Aus New York berichtet Christa Wichterich

Mit dem Clou der Sitzung wartete die FRK gleich zu Beginn auf: am zweiten Tag verabschiedete sie einmütig und ohne Diskussion die bereits zuvor beschlossene Abschlusserklärung. Diese bestätigt mit den Worten der Abschlussdeklaration von 2005 die Aktionsplattform von Peking, die Regierungen behaupten Fortschritte und versprechen weitere Bemühungen um Gleichstellung. Seit nunmehr zehn Jahren begründen sie diesen Stillstand damit, dass jede Öffnung des Peking-Dokuments aufgrund der reaktionären Positionen verschiedener konservativer und religiöser Kräfte lediglich Rückschritte bringen würde.

Bei den ersten beiden Bilanzkonferenzen Peking+5 und Peking+10 berichteten die Regierungen über nationale Aktionspläne und neue Gleichstellungsmechanismen, über Gesetzesänderungen, mit denen sie bürgerliche und politische Rechte von Frauen stärken und sie vor Gewalt schützen wollten. Die deutlichsten Fortschritte gab es bei der Bildung und im Beschäftigungssektor. Zwar ist das Thema Gender längst ein Versatzstück in politischer Rhetorik und Programmatik, doch es klafft eine große Lücke zwischen Gesetzen und politischen Willenserklärungen und der Umsetzung von Frauenrechten. Viele junge Delegierte haben keine Ahnung von den politischen Kämpfen, die hinter der Pekinger Aktionsplattform stecken. Für sie ist sie lediglich eins von vielen technischen Instrumenten. Gleichzeitig wurde die Post-Peking-Bilanz bei den UN im vergangenen Jahrzehnt Schritt um Schritt abgewertet.

Sieben Resolutionen wurden diskutiert. Ein Minimalkonsens ist immer dann schwer zu erreichen, wenn es um sexuelle und reproduktive Rechte von Frauen und Mädchen geht, z.B. bei den Resolutionen zu Müttersterblichkeit und HIV/AIDS. In der EU gibt es zu diesem Thema heftige Kontroversen: das kleine, konservative Malta blockiert jeden Fortschritt, häufig assistiert von Polen und Irland. Dem stehen die skandinavischen Ländern mit fortschrittlichen Positionen auch zu LGBT-Rechten (Lesbian, Gay, Bisexuel, Transgender) als Gegenpol gegenüber. Während die dänische Delegation überlegt, wie der EU-Block in kleinere like-minded Gruppen aufgespalten werden könnte, und Eva-Britt Svensson, die schwedische Leiterin der Gleichstellungskommission des EU-Parlaments, von einem „Gipfel der Ernüchterung“ spricht, ist der deutsche Delegationsleiter, Staatssekretär Hermann Kues (CDU) aus dem Familienministerium, zufrieden mit den Fortschritten und den „immer aufgeschlosseneren Diskussionen“.

Weil Hilfsmaßnahmen in der Krise erneut an Bedingungen gebunden werden, fürchten viele Länder des Südens, dass Frauenrechte als neue Konditionalität eingeführt werden könnten. Dies ist – neben konservativ und religiös motivierten Widerständen – ein weiterer Grund für die Probleme bei der Konsensfindung.

Eine der Resolutionen bezieht sich auf die neue Gender-Einheit, in der die vier bisher unkoordiniert agierenden Frauenorganisationen und -stellen bei den UN zusammengelegt werden sollen. Während Hoffnung auf Synergien und eine hochrangige Stelle direkt unter dem Generalsekretär besteht, müssen die Strukturen und die Finanzierung dieser Einheit noch ausgehandelt werden. Klar ist allerdings, dass auch sie allein nicht alle Probleme mit Frauenrechten und Geschlechtergleichheit bei den UN lösen können.

Aus den ernüchternden Bilanzberichten der UN geht hervor, dass die Strategien, Instrumente und Indikatoren zur Beseitigung von Frauenarmut, Gewalt und Diskriminierung unzureichend sind. Der Skandal, dass die Müttersterblichkeit im globalen Süden seit der Peking-Konferenz nicht signifikant gesenkt werden konnte, steht symbolisch für das Versagen. Fehlt es den Regierungen an Instrumenten oder an politischem Willen, um das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen, die Marktsegmentierung und das Vereinbarkeitsproblem durch die Einbeziehung von Männern zu reduzieren? Die norwegische Regierung ist ein Ausnahmefall an Durchsetzungsfähigkeit: mithilfe eines Gesetzes gelang es, in börsennotierten Unternehmen die Zahl weiblicher Vorstandsmitglieder auf über 40 Prozent zu erhöhen - zum Wohle der Wirtschaftsleistung, wie der Gleichstellungsminister Audun Lysbakken in New York betonte.

Neue Exklusion zivilgesellschaftlicher Organisationen

Die Regierungen und die UNO wissen sehr genau, dass die Bilanz ohne Frauenorganisationen, die sich vor Ort tatkräftig für Gleichstellung, Schutz vor Gewalt und Armutsbekämpfung engagieren, noch schlechter aussehen würde. Also loben sie ihr Engagement und laden sie zu Runden Tischen ein, um Positionen und Innovationen zu präsentieren. Gesicherte Formen der Partizipation und Kanäle zur Einflussnahme auf Entscheidungen gibt es aber nicht - in diesem Jahr in New York noch weniger als zuvor.

Siebenstündige Wartezeiten bei der Registrierung, Zugangsbeschränkungen zu Veranstaltungen und zu kleine Räumlichkeiten wegen UN-Renovierung wirken zusammen mit intransparenten Verhandlungen und der vorgefertigten Abschlusserklärung wie ein Versuch, die NGOs zu demotivieren. „Wir fühlen uns und unsere Anliegen missachtet“, schrieben Vertreterinnen internationaler Gewerkschaften in einem Protestbrief an den UN-Generalsekretär.

Frauenorganisationen waren seit Anfang der 1990er Jahre die treibenden Kräfte hinter der Frauenrechtsagenda. Die Aktionsplattform von Peking dient vor allem in Ländern des Südens als Berufsgrundlage und normative Richtlinie für Regierungsverantwortung. „Wir lassen uns den Peking-Prozess nicht aus der Hand nehmen“, heißt es in einem Statement internationaler Frauennetzwerke. Die Millennium-Entwicklungsziele hatten ihnen das Heft bereits aus der Hand genommen, weil sie die breite Frauenrechtsagenda auf einige wenige Ziele reduzieren. Deshalb fordern die NGO-Frauen, dass die gesamte Peking-Agenda systematisch mit der Armutsbekämpfung verknüpft werden muss.

Auch die NGOs diskutieren Konzepte und Instrumente. Wie weit reicht der Rechtsansatz? Sind die UN überhaupt noch ein lohnenswertes Terrain für Frauenrechtskämpfe? Durch die Krise ist der Ruf nach alternativen Wegen erneut erstarkt, während die „Business and Professionell Women“ den Fokus auf Führungspositionen legen. Zumindest für Afrika plädiert die Entwicklungsexpertin Achola Pala aus Kenya dafür, beim informellen Sektor von Kleinbäuerinnen und Straßenhändlerinnen anzusetzen, um ein alternatives Wirtschaftsmodell aufzubauen. Ein Manko der Debatten ist allerdings, dass sie häufig den beiden stereotypen Polen, Frauen als Opfer und Frauen als „die Besseren“ verhaftet bleiben.

Wenn Frauen von der Basis sich über Basisinitiativen und Kämpfe austauschen, klingt das eher nach erneutem Aufbruch als nach Stillstand. Doch diese Peking+15-Sitzung verhindert einmal mehr, dass der Aktivismus auf der lokalen Ebene sich in Schlagkraft auf der internationalen Ebene übersetzt. Es herrscht Ratlosigkeit, wie Frauenrechte auf der internationalen Ebene vorwärtsgebracht werden können, zumal durch die Krise die Finanzierung von Frauenorganisationen weiter ausgetrocknet wird. Die UN haben jedenfalls aus frauenpolitischer Sicht weiter an Glaubwürdigkeit verloren.